

Standortvorteil

Personenfreizügigkeit

**Im Spannungsfeld von
Fachkräftemangel und
Masseneinwanderung**

Gewerbliche Winterkonferenz

Klosters 17. Januar 2014

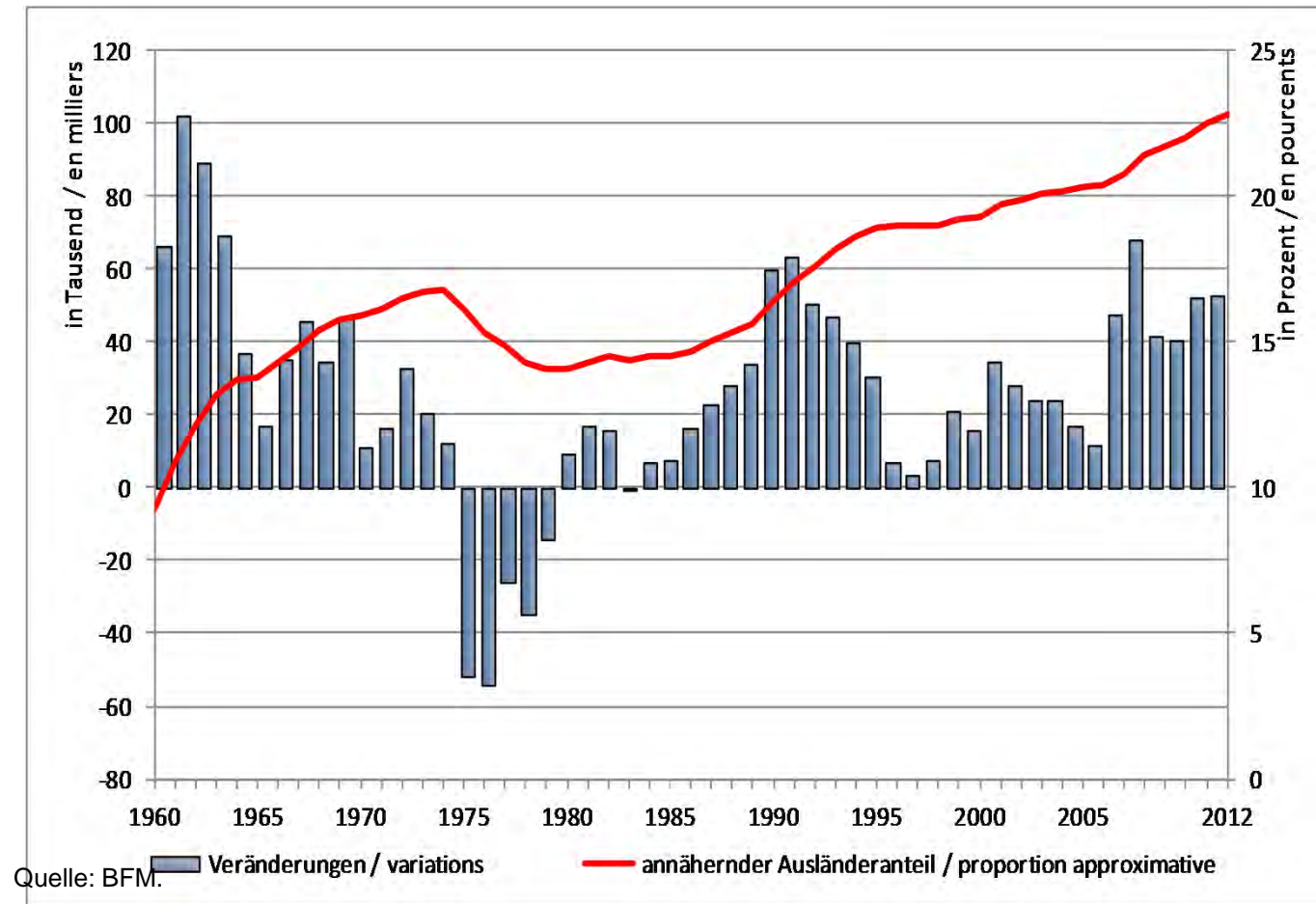
Rudolf Strahm

Mein Programm

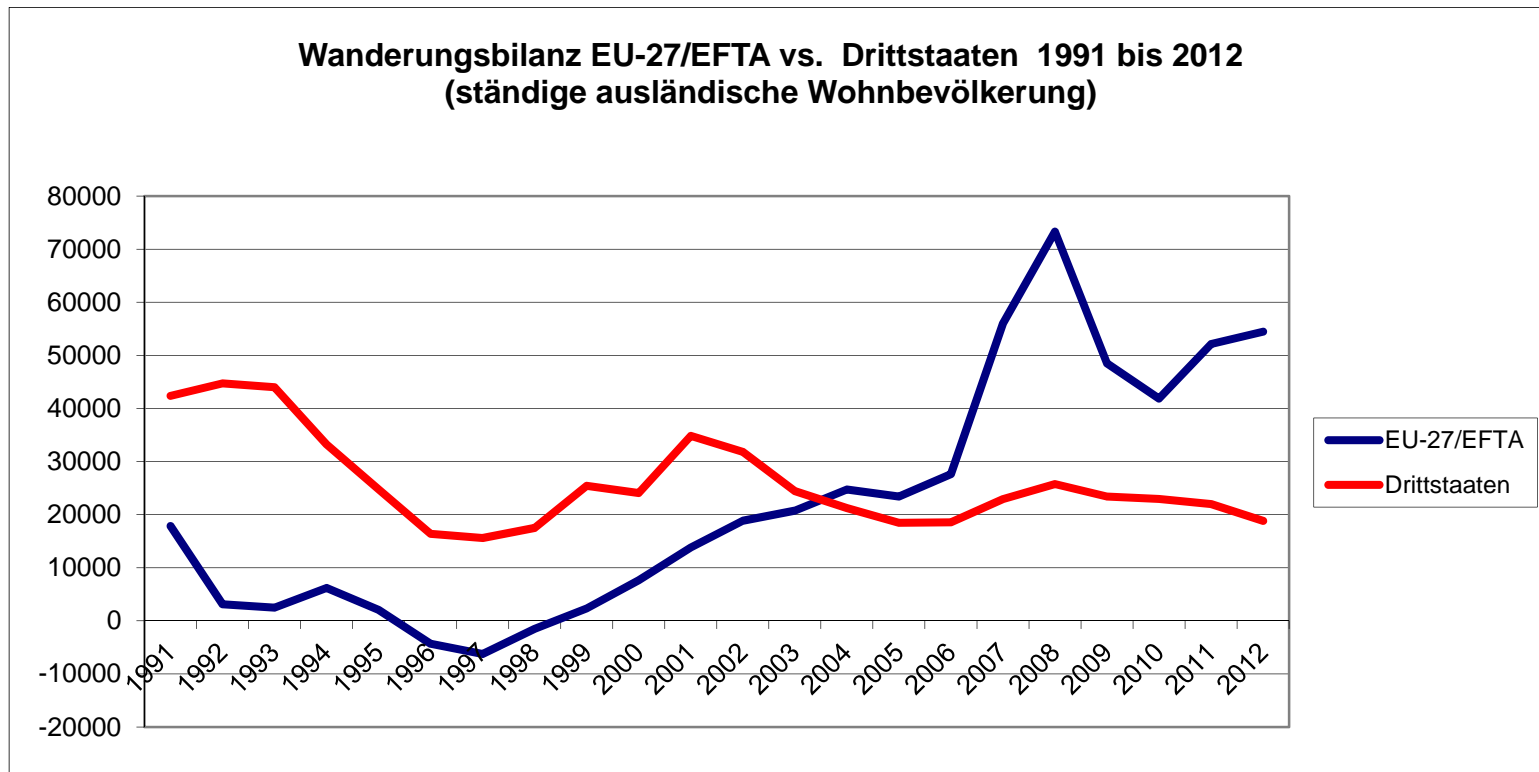
1. Die Fakten. Der Streit um „Nutzen“ und „Schaden“ der Personenfreizügigkeit
2. Ein „PLAN A“ : Was tun bei Ablehnung der Masseneinwanderungsinitiative?
3. Ein „PLAN B“ : Was tun bei Annahme der Initiative?

1. Die Fakten

Veränderungen der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung / annähernder Ausländeranteil, seit 1960
Variations de la population résidente permanente étrangère / proportion approximative, depuis 1960

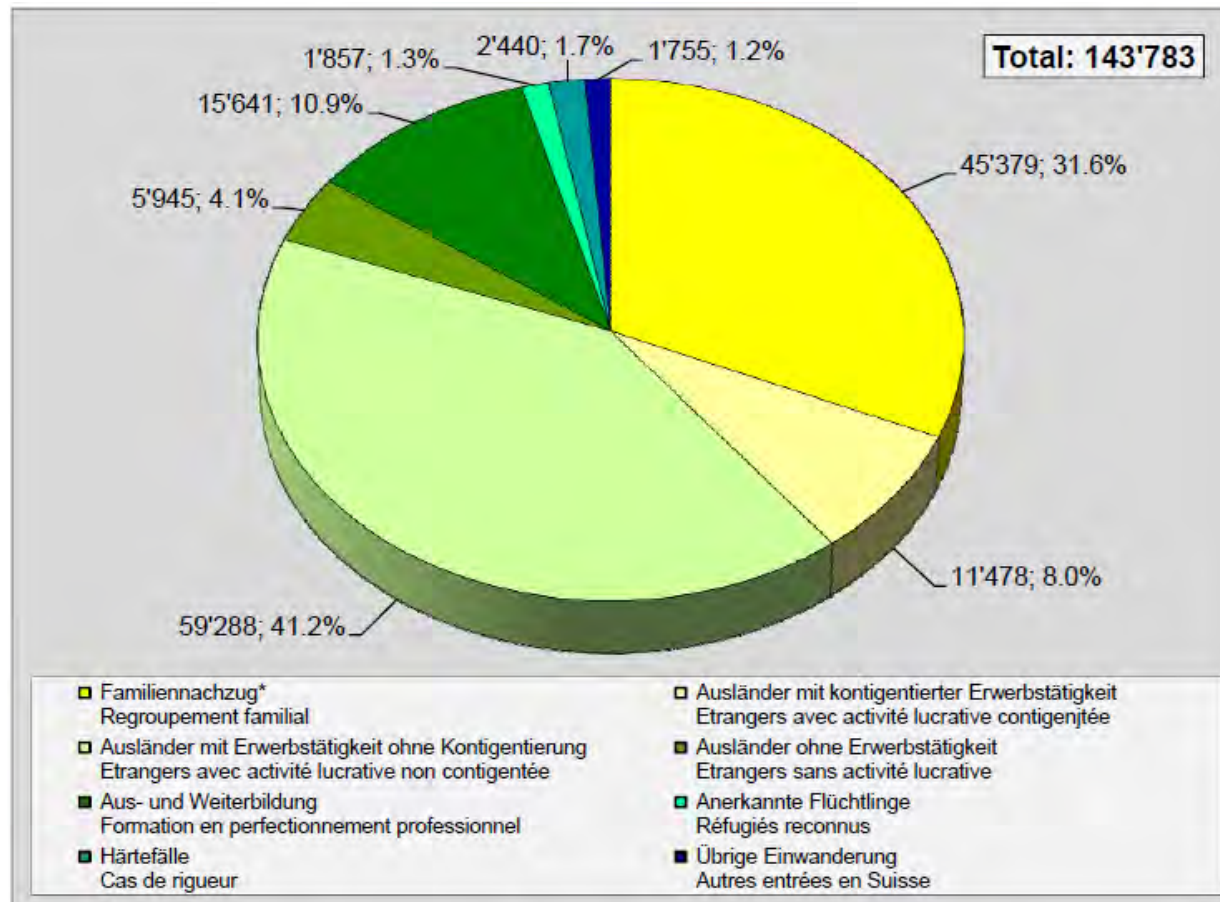


Wanderungsbilanz aus EU und aus Drittstaaten (ständige Wohnbevölkerung)



Quelle: BFM.

Einwanderungsgründe Ausländer/-innen total 2012 : 143'800 Brutto-Zuwanderung



* Davon 9'135 Familiennachzug Schweizer/-in oder Ausländer/-in mit Schweizer Ehegatte; 36'244 Familiennachzug von Ausländer/-in
Quelle: BFM.

Voraussagen Bundesrat 2000

Bilaterale I

Volksabstimmung vom 21. Mai 2000

„Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste ..., die Einwanderung in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet: In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering.“

„Unabhängige Studien kommen zum Schluss, dass negative Auswirkungen ... ausbleiben.“

Voraussagen Bundesrat 2005

Bilaterale II

Volksabstimmung v. 25. September 2005

„Vor Arbeitslosentourismus ist die Schweiz ebenfalls geschützt: Der freie Personenverkehr gilt nicht für Arbeitslose.“

Sind wir reicher geworden?

| <u>Jahr</u> | <u>Bevölkerungszuwachs</u> | <u>BIP-Zuwachs</u> |
|---|----------------------------|--------------------|
| 2007 | +1,1% | +3,8% |
| 2008 | +1,4 | +2,2 |
| 2009 | +1,1 | -1,9 |
| 2010 | +1,1 | +3,0 |
| 2011 | +1,7 | +1,8 |
| 2012 | +1,1 | +1,0 |
| 2013 | +1,1 | +2 |
| ----- | | |
| 2007/13 | <u>+1,2%</u> | <u>+1,7%</u> |
| <u>Durchschnitt 2007-2013 : BIP + 0.5% pro Kopf+Jahr</u> | | |

Problem bildungsferne Zuwanderer

- Zuwanderung aus Portugal
ca 55% ohne nachobligatorische Bildung

| <u>Jahr</u> | <u>Einwanderung</u> | <u>Netto</u> |
|------------------|---------------------|--------------|
| 2010 | 12'800 | +7'400 |
| 2011 | 15'400 | +10'500 |
| 2012 | 18'600 | +13'800 |
| 2013 (11 Monate) | ca. | +18'000 |

Problem Kurzaufenthalter zur Stellensuche

Kurzaufenthaltsbewilligungen (L) zur Stellensuche
aus EU/EFTA-Staaten

| | | |
|-----------|----|------|
| Jahr 2010 | | 2876 |
| Jahr 2011 | | 3143 |
| Jahr 2012 | | 4080 |
| Jahr 2013 | ca | 4800 |

Antwort Bundesrat Ip 13.3880 Flückiger-Bäni
BRB vom 15.1.2014. Ausschluss von Sozialhilfe

Fazit

- Zuwanderung verursacht Gewinner und Verlierer (je nach Branche und Region)
- In Branchen und Firmen sind Gewinner und Verlierer (Grenznähe)
- In hochproduktiven Branchen:
Produktivitätsgewinn durch Hochqualifizierte
- In strukturschwachen Branchen:
Strukturschwäche wird zementiert (und subventioniert) durch Tieflohn-Zuwanderer

2. „PLAN A“ :
Handlungsbedarf nach
Ablehnung der Initiative gegen
Masseneinwanderung

A.1. Fachkräfte-Ausbildung besser steuern

Akademikermangel ?

Im Studienjahr 2012 gab es an den schweizerischen Universitäten folgende Studierendenzahlen (Hauptfach):

- 4200 Historiker/Kunsthistoriker(innen)
 - 8600 Psychologen(innen)
 - 4400 Politologen(innen)
 - 2500 Kommunikationswissenschaftler
 - 1150 Ethnologen(innen)
- RAV 2012: 2300 Arbeitslose mit Dokortitel

Akademikermangel ?

Im Studienjahr 2012 gab es an allen universitären Hochschulen (Uni+ETH) folgende Studierendenzahlen:

- 44'000 Geistes- u. Sozialwissenschaften
- 21'000 Wirtschaftswissenschaften
- 15'000 Juristen
- 24'000 Exakte und Naturwissenschaften
- 16'000 Technische Wissenschaften
- 13'000 Mediziner und Pharmazeuten (N.C.)

Mehr Steuerung im ganzen Bildungssystem nötig

Wir haben nicht einen generellen
Akademikermangel, sondern wir haben
hausgemachte Fachkräfte-Engpässe:

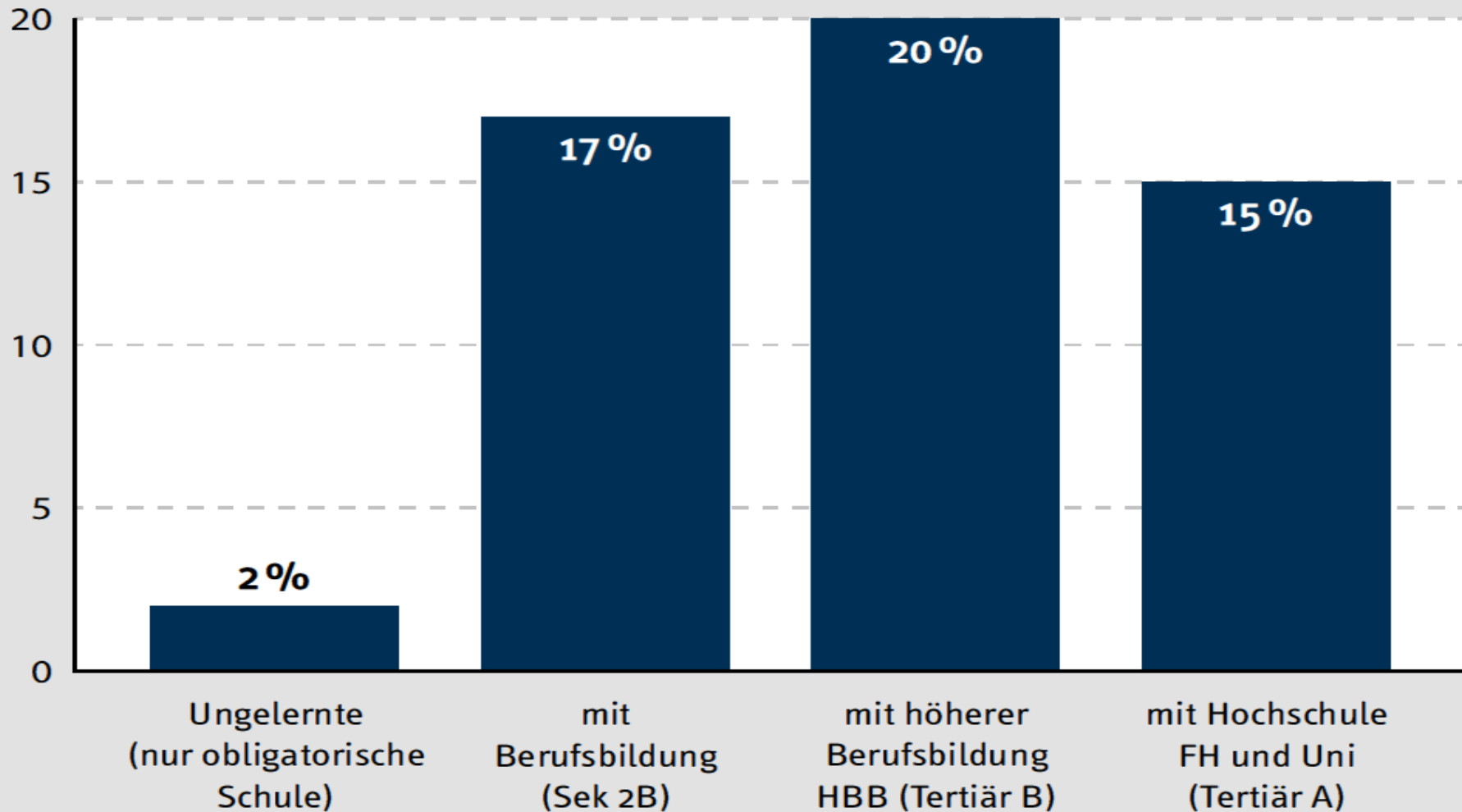
Zum Beispiel:

- Ärztemangel: → Numerus Clausus
- MINT-Mangel: → Sprachlastigkeit des Gymnasiums und des Zugangs zum Gymn.
- Informatikermangel: → zu wenig Lehrstellen
- Pflegepersonal-Mangel: Ausbildungslücke und zu wenig Ausbildungsplätze in Spitälern

A.2 Aufwertung der Höheren Berufsbildung

Fachkräfte mit höherer Berufsbildung sind in Industrie und Gewerbe am begehrtesten

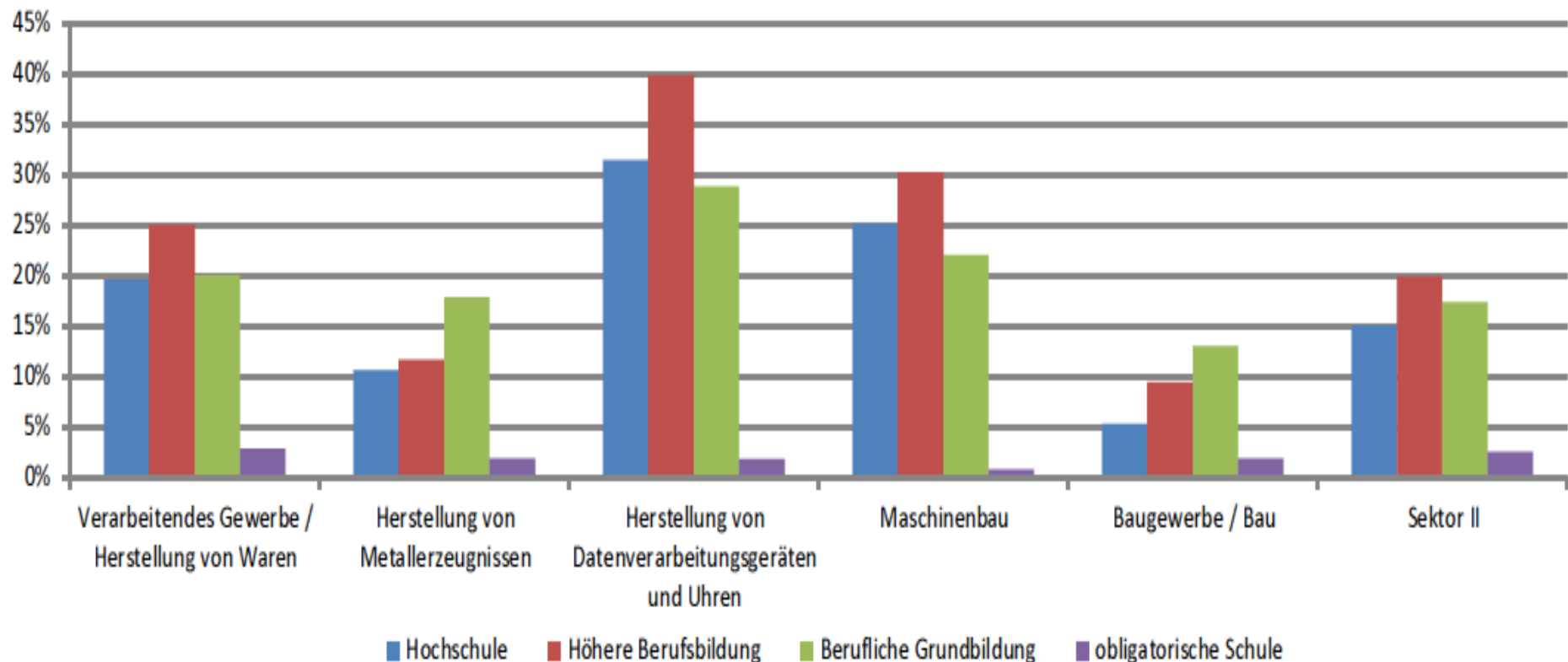
Schwierigkeiten der Firmen bei der Rekrutierung von Arbeitskräften nach Bildungsstand, 2012 – Gewichtung nach der Zahl Beschäftigten in Betrieben in Sektor II



Quelle: BFS © Strahm/hep verlag

Fachkräftemangel im gewerblich-industriellen Sektor: Höhere Berufsbildung u. Berufslehre gefragt

Abb. 7: Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Arbeitskräften im 2. Quartal 2012¹⁶



Höhere Berufsbildung als Schlüssel der Innovation

Pro Memoria: in der Schweiz 2011

27'000 Abschlüsse der **Höheren
Berufsbildung HBB**

28'000 Diplomierte Personen in den
Hochschulen (FHS, Unis, ETH)
(ohne Doppelzählungen Bachelor-Master-Doktorat)

Höhere Berufsbildung als wichtigster Motor der
Diffusion neuer Technologien in KMU-Wirtschaft

Förderung + Steuerung der Höheren Berufsbildung

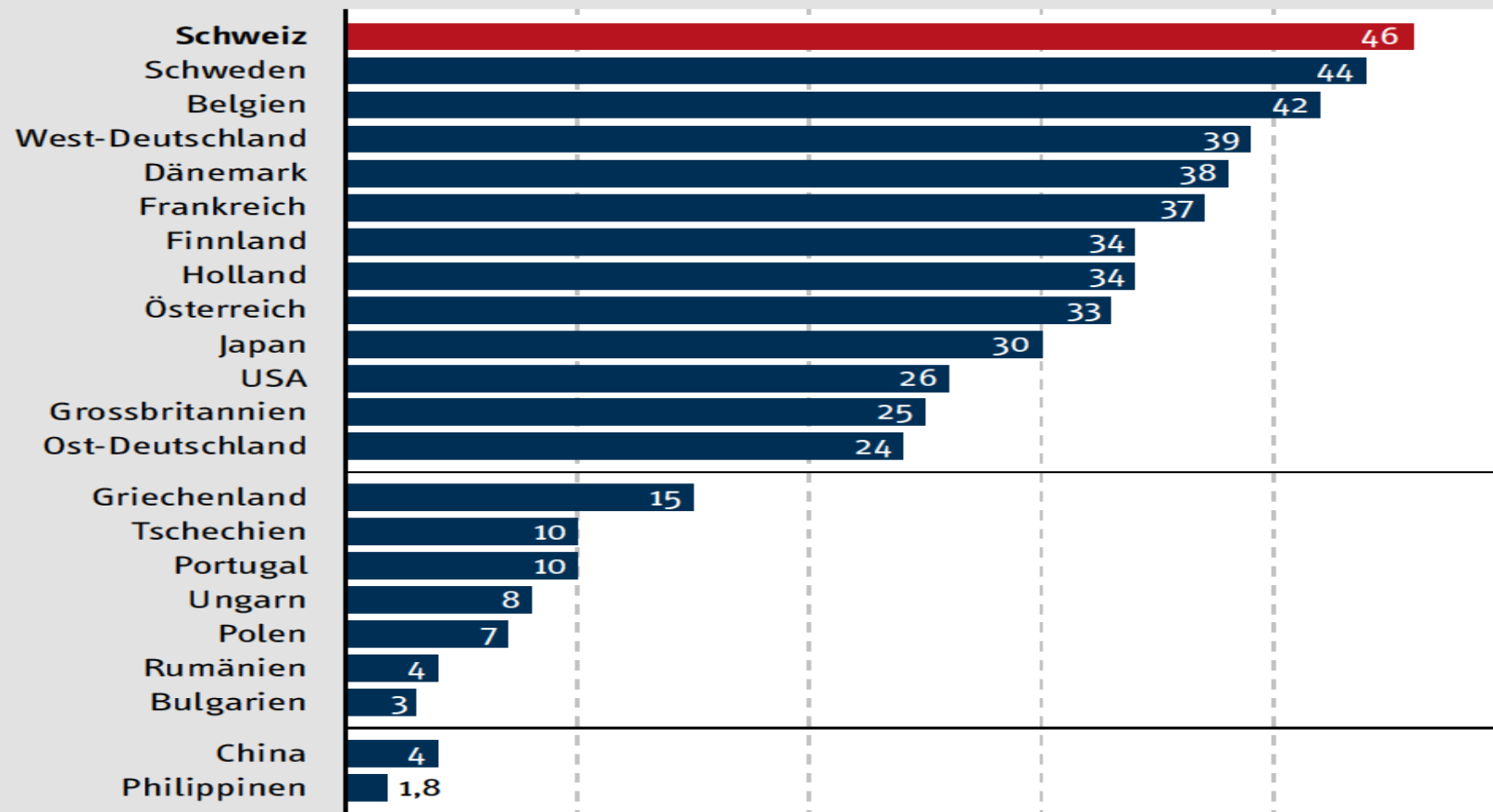
Massnahmen

- **Titeläquivalenz:** „Professional Bachelor“ und „Professional Master“ zusätzlich zur deutschen Diplombezeichnung
- **Zusatzfinanzierung** der Bildungsgänge, Vorbereitungskurse und Berufs- und Fachprüfungen

A3: Gesetzlicher Mindestlohn

Wanderungsdruck durch extreme Lohn-Unterschiede in Europa

Arbeitskosten in Industrie und verarbeitendem Gewerbe (Löhne und Lohnnebenkosten)
in Euro pro Arbeitsstunde, 2012



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Köln © Strahm/hep verlag

Tiefstlohneinwanderung: Subventionierung von strukturschwachen Branchen

- Landwirtschaft: Gemüsebau, Weinbau,....
 - Hauswirtschaft: Privatpflege, Reinigung
 - Detailhandel: wenige ausländische Bekleidungs- und Schuh-Ketten: H&M, Zara, C&A
 - Gastronomie: nur Kebab-Gastronomie
- Strukturschwache Branchen rekrutieren Tiefstlohnarbeitnehmende nur im Ausland
- Strukturschwäche wird zementiert

A3 Klare Regeln für „Arbeitnehmer-Eigenschaft“ und Verbleib

- Klare Unterscheidung zwischen Jahresaufenthalt und 5-jähriger Aufenthaltsbewilligung: Nachweis des Arbeitsverhältnisses (6-Monate-Regel!)
- Datenaustausch und Meldepflicht (neu ab 1.1. 2014)
 - zwischen RAV und Migrationsamt und
 - zwischen Sozialhilfe und Migrationsamt
- Verlust der „Arbeitnehmer-Eigenschaft“ bei Nichterwerbstätigkeit, Regelung im Gesetz nötig
- Stellensuchende kein Sozialhilfeanspruch (neuer BVB)

A4 Nachholbildung: Pflichten

- Pflicht zum Spracherwerb für alle Migrationspersonen, die in der Schweiz verbleiben, auch für EU-Bürger
- Positive Aufweichung des Nicht-Diskriminierungsprinzips der neoliberalen Personenfreizügigkeits-Doktrin
- Durchsetzung contra legem oder nach Verhandlungen mit Botschaften, z.B. mit portugiesischer Botschaft

A5 Sanfter Inländervorrang

- Sozialpartnerschaftliche Regeln für die Rekrutierung auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt
- Zumindest „sanfter“ (nicht gesetzlich geregelter oder nicht sanktionierter) Vorrang von Inlandspersonen
- Siehe Trends (nächste Folie) zu indirekten Verdrängungseffekten

Gibt es einen Verdrängungseffekt?

Vergleich Arbeitslose / Zuwanderer 2013

| <u>Branche</u> | <u>Arbeitslose Fachkräfte</u> | <u>Zuwanderer</u> |
|-----------------|-------------------------------|-------------------|
| Leitende Beamte | 7534 | 4249 |
| Kaufleute | 12'711 | 5268 |
| Bau | 18'785 | 3287 |
| Landwirtschaft | 3551 | 1170 |

Seco, So Ztg. 12.1.2014

A6 Monitoring und Transparenz

- Statistisches Monitoring:
 - Wer wandert ein?
 - Welche Qualifikation/Bildungsstand?
 - Welche Branchen rekrutieren welche Migrationspersonen?
 - Welche Folgewirkungen für Schulen, Sozialsystem, Sozialhilfe?
- Untersuchungen

A7 Zusatzabkommen mit EU

- Materielle Nachverhandlung zur PFZ mit der EU:
- Dauerhafte Ventilklauseel (analog Liechtensten, Norwegen)
- Sicherung des bisherigen Entsenderechts mit dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ (EuGH-Leitentscheide)
- Sicherung von z.B. 8-Tage-Regel, Kautionspflicht,
- Sicherung gegen automatische Übernahme des PFZ-Rechts und der Unionsbürgerschaft
- Verhandlung zur PFZ vom institutionellen Teil („Rossier-Verhandlung“) separieren!

**3. „PLAN B“:
Handlungsbedarf bei Annahme
der
Masseneinwanderungsinitiative**

B1 Verhältnis mit der EU pflegen

- Protest der EU zu erwarten, diplomat.Probleme
- Folgen: Reputationsschaden bei Regierungen
- Erklärungsmissionen in Brüssel, in Nachbarländern, in Herkunftsstaaten
- Keine Kündigung der Bilateralen I durch die EU:
Würde innerhalb der EU Einstimmigkeit aller 28 EU-Länder erfordern!
- EU-Staaten entscheiden, nicht Brüssel!
- Neues Angebot der Schweiz: PFZ mit dauerhafter Ventilklause
- Gegenleistung der Schweiz: z.B. Automatischer Informationsaustausch in Steuerfluchtfragen

B2 Ausführungsgesetzgebung

Schweiz intern

- 3 Jahre Übergangsfrist zur Umsetzung
- Dauerhafte Ventilklause (Liechtenstein) ?
- Variante: Kontingentsystem mit flexibler Handhabung: Hauptproblem: Wer entscheidet aufgrund welcher Kriterien?
- Sanfter Inländervorrang (wie A5)
- Fachkräfte-Offensive verstärken (wie A1+2)
- Prinzip: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort → verankern

B3 Nachhaltiges Integrationskonzept

- Pflicht zum Spracherwerb
- Integrationsvereinbarung mit Rechten und Pflichten
- Familiennachzug resp. Kindernachzug früher; idealerweise ab 6 Jahren
- Frühe Einschulung der Kleinkinder als Integrationsvehikel
- Lehrplan 21: Pflichtfach „Berufliche Orientierung“ für Alle .

Zum Schluss (Plan A und B)

- Zahl der Jugendlichen (15 j.) wird bis ca 2020 zurückgehen.
 - Die Gymnasien werden ihre Klassen weiterhin füllen resp. ausbauen.
 - Die Maturitätsquote wird weiter ansteigen.
 - Das Gewerbe wird mehr und mehr auch das Potential von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausbilden und rekrutieren.
- Die KMU-Wirtschaft hat deshalb grösstes Interesse an einem Integrationskonzept.

Nicht alles ist möglich
aber
nichts ist unmöglich

Besten Dank